



Otfried Jarren

Wandel lokaler Öffentlichkeiten als Herausforderung für lokale Akteure



Der gesellschaftliche Wandel verläuft rapid, vielfach nicht einfach erkennbar, partiell konfliktreich. Vor allem die Folgen der segmentären Differenzierung der Gesellschaft werden sichtbar und erweisen sich als konfliktreich: Individualisierung, Pluralisierung, Werte-, Normen- wie Wissenskonflikte. Der soziale Wandel wird durch Social Media sichtbarer und beschleunigt. Social Media ermöglichen den immer schnelleren Austausch von Mitteilungen, Kommentierungen, Bewertungen. Neu ermöglichen sie Einzelnen, Gruppen wie Organisationen den direkten Zugang zur allgemeinen Öffentlichkeit – vorbei an den etablierten Intermediären wie Parteien, Kirchen, Verbänden und Massenmedien. Mittels Social Media können sich Einzelne wie Gruppen kostengünstig und rasch organisieren und politische Prozesse zu beeinflussen versuchen.

Die Möglichkeiten zum punktuellen Engagement nehmen zu. Wer Einfluss nehmen will, muss nicht Mitglied werden oder die massenmediale Selektionshürde überwinden. Gegen- oder zumindest öffentlich sichtbare Veto-Macht gegen Vorhaben von staatlichen Stellen kann etabliert werden. Mittels kommunikativer Angriffe, so Shit Storms, kann Einzelnen wie Organisationen die Reputation streitig gemacht werden. Die neuen kommunikativen Möglichkeiten erlauben neue Organisations- wie Aktionsformen. Social Media institutionalisieren neue Formen von Öffentlichkeit. Diese können begrenzend wirken, spezifische Milieus konstituieren. Für alle politischen Akteure ergeben sich daraus kommunikative Herausforderungen (vgl. dazu Jarren 2018).

Massenmedien: Repräsentanten der traditionellen Interessen

Soziokulturelle Konflikte, so über Lebensformen wie über Einstellungen gegenüber religiösen Überzeugungen, sind aufgrund der segmentären Differenzierung der Gesellschaft zu den bestehenden sozioökonomischen Konflikten hinzugekommen. Soziokulturelle Konflikte haben an Relevanz gewonnen: Social Media machen sie sichtbar, über sie werden sie ausgegagt. Diese Konflikte fordern die politischen Akteure, weil es um kulturelle Anerkennung und um Normenwandel geht, weniger um den Zugang zu wie die Verteilung materieller Ressourcen. Soziokulturelle Konflikte sind nicht neu, sie sind aber „neu“, weil sie jetzt öffentlich und sichtbar werden.

Die sozioökonomischen Konfliktlinien hingegen, in denen es um Zugang zu wie die Verteilung von materiellen Ressourcen geht, sind durch die politischen Akteure institutionalisiert und den Gesellschaftsmitgliedern vertraut: Entlang der cleavages Arbeit und Kapital (links/rechts) haben sich gesellschaftliche Akteure wie Medien ausgebildet. Sie repräsentierten die so-

zioökonomischen Unterschiede, die unterschiedlichen Verteilungsinteressen. Diese Konfliktlinien gelten gesellschaftsweit und haben zu korporatistischen Aushandlungsarrangements geführt. Anders ist es bei den soziokulturellen Konflikten: Sie sind nicht mit den etablierten Intermediären verbunden, sie decken sich nicht mit den traditionellen Konfliktlinien, sie sind vielfältiger und nur teilweise gesellschaftsweit erkennbar.

Die soziokulturellen Konfliktlinien waren im massenmedialen Zeitalter wenig sichtbar, weil sie es nicht in die öffentliche Arena schafften. Sie stehen quer zu den politischen Interessen- wie Machtlinien, weil es nicht um die Verteilung von Ressourcen geht, die sich die etablierten organisierten Interessen auf die Fahnen geschrieben haben. Mit den soziokulturellen Konflikten kommen neue kulturelle wie politische Vorstellungen zum Ausdruck. Diese sind vielfältig und lassen sich nicht ohne Weiteres aggregieren und politikfähig machen. Entsprechend selektiv gehen die etablierten gesellschaftlichen Akteure damit um. Die Massenmedien, stark an den einflussreichen gesellschaftlichen Akteuren und an den politischen Willensbildungs- wie Entscheidungsprozessen orientiert, nehmen diese Interessen nur bei Konflikten zur Kenntnis. Und die Massenmedien sind weniger am Input in das, sondern mehr am Output des politischen Systems orientiert: Es geht ihnen um die Vermittlung der politisch-institutionellen Prozesse bei der Herstellung allgemeinverbindlicher Entscheidungen wie der Vermittlung der Entscheidungen. Anders die Social Media: Sie stehen für politischen Input.

Social Media: Agenten des soziokulturellen Wandels

Social Media haben neue Artikulations-, Informations- wie Kommunikationsmöglichkeiten, neue Formen der Mediennutzung wie des Mediengebrauchs mit sich gebracht. Sie haben dem Recht auf individuelle Meinungsäußerung, die über die



begrenzte Reichweite eines Stammtisches hinausweist, einen Schub gegeben: Jede bzw. jeder kann Mitteilungen machen, sich zu öffentlichen wie privaten Dingen äußern, kann kommentieren, bewerten – mit der Chance auf eine (große) Verbreitung. Social Media dienen aber nicht nur Einzelnen, sondern ermöglichen Gruppen wie auch Organisationen den direkten, ungefilterten Zugang zur Öffentlichkeit. Diese direkte Zugangsmöglichkeit steht in Konkurrenz zu den etablierten Intermediären (vgl. zum Konzept Intermediäre Donges/Jarren 2017 und Beck/Schnur 2016). Und diese Kommunikationsaktivitäten beeinflussen nun die öffentliche Themenagenda wie die Dynamik in der öffentlichen Meinungsbildung. Folge: Das medial bereitgestellte wie nutzbare Angebot an Informationen wie Meinungen ist gleichsam explodiert, partiell nicht mehr überschaubar, vielfach widersprüchlich. Social Media sind Ausdruck wie Beschleuniger des sozialen (segmentären) Wandels und der damit verbundenen neuen Konfliktlinien.

Social Media:

neue Formen der sozialen (Selbst-)Organisation, neue Öffentlichkeiten, neue Kommunikationsformen

Social Media, so in Form von Facebook-Gruppen, repräsentieren die immer kleiner werdenden sozialen, kulturellen wie politischen Gruppen. Sie konstituieren damit auf Dauer wie auf Zeit verschiedene Formen von Themen-, Teil- oder Sub-Öffentlichkeiten. In diesen Öffentlichkeiten werden Interessen artikuliert, spezifische Themen diskutiert, in ihnen wird über Wissen und Normen verhandelt. Jenseits und unabhängig von den traditionellen Intermediären haben sich Öffentlichkeiten institutionalisiert. Diese Öffentlichkeiten stehen neben den von den etablierten Intermediären, unter Beteiligung der traditionellen Massenmedien konstituierten, (Themen-)Öffentlichkeiten. Sie stehen neben der politisch-institutionellen Öffentlichkeit, nicht darunter: Themen-, Teil- oder Sub-Öffentlichkeiten repräsentieren nicht mehr den vorpolitischen Raum der politischen Akteure. Diese Öffentlichkeiten konstituieren und repräsentieren nicht mehr den Vorhof (der Macht), der von den etablierten Intermediären eingehegt war. Sie existieren eigenständig (vgl. dazu zusammenfassend Jarren/Klinger 2017).

Sub-Öffentlichkeiten gehörten bislang zu Vorhöfen der politischen Akteure wie insgesamt zum vorpolitischen Raum. Dieser vorpolitische Raum war vielfältig und plural, aber dominant organisiert entlang sozioökonomischer Konfliktlinien und orientiert auf die politischen Zentralakteure wie anstehende politische Entscheidungen. Die machtvollen Intermediäre haben in diesen Vorräumen, in ihren Sub-Öffentlichkeiten, für entsprechende Diskussionen gesorgt (Binnenkommunikation). Sie haben Themen wie Positionen dort formuliert, in die politischen Verhandlungen eingebracht und wieder zurückvermittelt. Das aber können sie nicht mehr, weil sie ihre Alleinstellungspositionen in den vorpolitischen Räumen verloren und zudem ihre Vermittlungsmonopole – gegenüber

den (Massen-)Medien – eingebüßt haben. Zudem durchdringen sie weniger die Gesellschaft. Man muss sich nicht mehr in politischen Parteien organisieren, um Interessen ein- und voranzubringen. Man muss sich nicht mehr an die institutionellen Ordnungen wie Prozesse halten, die von den zentralen Akteuren geprägt wie institutionell gesteuert sind. Es kommt zu ausgeprägten Entkopplungen zwischen den politischen und den kommunikativen Prozessen.

Es existiert nicht mehr eine Öffentlichkeit, es existieren viele verschiedene Öffentlichkeiten, die potenziell allen zugänglich sind, nebeneinander. Und neben den Zentralakteuren des intermediären Systems haben sich in diesen spezifischen Öffentlichkeiten weitere Akteure etabliert. Für diese Teilöffentlichkeiten (Kommunikationsmilieus) (vgl. Kösters/Jandura 2017) gelten unterschiedliche Normen und Regeln. Neben die Sachkonflikte treten deshalb auch Konflikte über Kommunikationsformen: Was darf wann, wie und von wem gesagt werden? Über Kommunikationsformen und nicht nur über Issue und Themen wird diskutiert.

Problemanzeigen wie Skandalisierungen erfolgen zunehmend über Social Media. „Diskussionen“ werden medienvermittelt nicht mehr dominant über die Massenmedien geführt, deren Journalisten eine selektionierende, moderierende wie stilbildende Funktion ausüben. Der durch den Journalismus ermöglichte Einbezug Dritter, das Einholen von Voten, entfällt bei den Social Media. Es kommt es zu einer Enttaktung zwischen politischen Prozessen und dem kommunikativen Verhalten von Einzelnen und Gruppen. Entkopplung, Enttaktung wie spezifische Kommunikationsmilieus stellen politische Akteure vor kommunikative Herausforderungen (vgl. Kösters/Jandura 2018).



Abb. 1: Neue Öffentlichkeiten, neue Kommunikationsformen (Foto: Jost)

Die Folge der Krise der Massenmedien und des Journalismus – auch im Lokalen

Vordergründig ist die Krise der Massenmedien eine Krise auf den Werbe- und Nutzermärkten: Vor allem die Presse verliert an Auflage, an Nutzern, an Nutzungszeit und somit an Einnahmen (Werbe- wie Vertriebsmarkt). Die Pressekonzentration nimmt



massiv zu – mit vielfältigen Folgen vor allem für lokale wie regionale Räume (vgl. Röper 2018). Die Titel- wie Ausgabenzahl schrumpft, dem Journalismus stehen weniger Ressourcen zur Verfügung. Das journalistische Selektionsprogramm ändert sich, weil nicht nur Druck- und Digitalausgaben zu produzieren sind, sondern auch Beiträge für zahllose digitale Kanäle. Alles zusammen führt das dazu, dass die Berichterstattung für regionale wie lokale Räume zurückgeht, mit der Folge, dass nicht mehr über alle Prozesse gleichermaßen und kontinuierlich berichtet werden kann. Politische Akteure nehmen diese Entwicklung wahr: Sie erreichen über die Massenmedien nicht mehr die Öffentlichkeit in ihrem Geltungsraum, sie erhalten aus den Massenmedien weniger Informationen über gesellschaftliche Wünsche (vgl. Leupold/Klinger/Jarren 2018).

Die aufgrund des sozialen Wandels ansteigende soziale Vielfalt kann von den lokalen wie regionalen Tageszeitungen, nicht (mehr) verarbeitet werden. Es fehlt die integrierende Perspektive zudem: Die von den Massenmedien wie den Social Media etablierten Öffentlichkeiten decken sich nicht. Diese Öffentlichkeiten stehen vielfach unverbunden nebeneinander. Eine Überblick wie Sichtbarkeit schaffende, die Prozesse ordnende und Teilhabe ermöglichende Institution fehlt. Nicht nur das: Die kritische Begleitung wie Analyse von Vorgängen durch den Journalismus fehlt oder schwindet. Dadurch wird die lokale Demokratie, die auf die Sichtbarkeit von Akteuren wie transparente Prozesse konstitutiv angewiesen ist, geschwächt (vgl. Kübler/Goodman 2018).

Lokale Akteure kommunikativ gefordert

Das unverbundene Nebeneinander hat Folgen auch für die lokale bzw. kommunale Handlungsebene: Kommunikativ wird es aufwendiger, die Stadt- oder Quartiersgemeinschaft als soziale Gruppen oder als Handlungsfeld sichtbar zu machen. Für politische Vorhaben muss Öffentlichkeit spezifisch hergestellt werden. Für die kommunalen Akteure heißt das: Was ist für eine einzelne Person, was ist für eine Gruppe, was ist für eine Stadtquartiersgemeinschaft und was ist für alle wichtig? Und für die Akteure stellt sich die Frage, ob und auf welchem Kanal sie welche sozialen Gruppen oder örtliche Gemeinschaften erreichen können?

Zu den Folgen der segmentären Differenzierung sowie des Öffentlichkeits- und Medienwandels kommen Migration, Interkulturalität wie Vielsprachigkeit als weitere Herausforderungen für die lokale Politik hinzu. Bestimmte Gruppen werden nicht mehr durch die traditionellen Massenmedien, vor allem die Presse, erreicht. Insgesamt tut sich eine Schere auf: Jüngere sind online und meiden Tageszeitungen und das Fernsehen, Ältere hingegen nutzen Tageszeitungen und das Fernsehen intensiv (vgl. Oehmichen/Schröter 2011). Migranten sind, je nach Integrationsgrad und Sprachkompetenz, nur partiell einbezogen in gesellschaftliche Prozesse. Der Grad an Informiertheit über wichtige zentrale Prozesse, zumal politische, schwindet. Aufmerksamkeit muss immer wieder neu herge-

stellt werden. Zuwanderer können sich in ihren Sprachen und mit Hilfe ihrer Symbolsysteme dank Social-Media-Plattformen als Gruppen dauerhaft ausbilden, austauschen und etablieren. Sie können unter sich bleiben. Das zumal dann, wenn sie aufgrund sprachlicher Hürden keinen Zugang zu den massenmedialen wie weiteren medialen Angeboten finden – etwa weil es an sprachlichen Angeboten mangelt. Wie kann soziale Integration gelingen, wenn man unter sich bleiben kann? Und dies gilt keineswegs nur für Zuwanderer, denn auch andere soziale Gruppen können sich in ihren Kommunikationsmilieus einrichten.

Das Publikum der Medien zerstreut sich. Die Existenz von immer mehr Themen-, Teil- oder Suböffentlichkeiten schafft eine neue Unübersichtlichkeit. Was wird wo, von wem und mit welchen Argumenten diskutiert? Über welchen Kanal kann man wen mit welchem Thema am besten erreichen? Die Verbreitung von Informationen an alle (Leistung der Massenmedien) wie der Einbezug aller (Leistung aller Intermediäre) in soziale wie politische Prozesse wird zu einer Herausforderung für lokale Akteure. Diese Herausforderung wird nicht mehr allein durch Medien- wie Öffentlichkeitsarbeit zu bewältigen sein. Es bedarf einer kommunalen Kommunikationspolitik und der Etablierung digitaler kommunaler Plattformen.

Prof. Dr. Otfried Jarren

Kommunikationswissenschaftler, IKMZ – Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, Universität Zürich

Quellen:

- Beck, Sebastian/Schnur, Olaf (2016): Mittler Macher Protestierer. Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung. Jovis Verlag, Berlin.
- Donges, Patrick/Jarren, Otfried (2017): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 4., vollständig überarbeitete Auflage. Wiesbaden.
- Jarren, Otfried (2018): Normenbildende Macht. Über die Macht der Intermediäre als gesellschaftliche Herausforderung. In: *epd Medien*, 24, S.35-39.
- Jarren, Otfried/Klinger, Ulrike (2017): Öffentlichkeit und Medien im digitalen Zeitalter: zwischen Differenzierung und Neu-Institutionalisierung. In: Gapski, Harald/Oberle, Monika/Staufer, Walter (Hrsg.): *Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung*. Bonn.
- Kösters, Raphael/Jandura, Olaf (2018): Politische Kommunikation in heterogenen Lebenswelten – Kommunikationspraxis in politischen Milieus und Bedingungen ihrer Integration. In: *Studies of Communication and Media (SCM)*, S. 131-185.
- Kösters, Raphael/Jandura, Olaf (2017): Segmentation of local audiences? Fragmented media use and types of media user on the local level. In: Waschová Cisarová, L. (Hrsg.): *Voice of the locality: Local media and local audience*. Brno.
- Kübler, Daniel/Goodman, Christopher (2018): Newspaper markets and municipal politics: how audience and congruence increase turnout in local elections. In: *Journal of elections, Public Opinion and Parties*. DOI: 10.1080/17457289.2018.1442344.
- Leupold, Anna/Klinger, Ulrike/Jarren, Otfried (2018): Imagining the City. How local journalism depicts social cohesion. In: *Journalism Studies* 19, 7, S. 960-982.
- Oehmichen, Ekkehardt/Schröter, Christian (2011): Internet zwischen Globalität und Regionalität. In: *Media Perspektiven*, 4, S. 182-194.
- Röper, Horst (2018): Zeitungsmarkt 2018: Pressekonzentration steigt rasant. In: *Media Perspektiven*, 5, S. 216-234.